

MARIO CANDEIAS

## FÜR EINEN NEUEN POLITISCHEN RAUM

### ZUR DEBATTE UM DIE «UNIDAD POPULAR», EINER NEUARTIGEN VERBINDUNG TRANSFORMATORISCHER KRÄFTE, IM SPANISCHEN STAAT

- Spaltung und Erneuerung des Parteienbündnisses Izquierda Unida (Vereinigte Linke)
- Richtungskämpfe bei Podemos: Mehr als eine Marke? «Ahora Podemos»
- Bewegungen für verbindende Plattformen einer «Unidad Popular»
- Testlauf anlässlich der Wahlen in Katalonien im September

Das Parteienbündnis Izquierda Unida (IU) wird bei den Parlamentswahlen im kommenden Herbst nicht unter eigenem Namen antreten, verkündet ihr Spitzenkandidat Alberto Garzón. Er zieht damit die Lehren aus dem Ausgang der jüngsten Kommunal- und Regionalwahlen, um sein seit Langem verfolgtes Projekt einer «Unidad Popular», einer neuen Verbindung transformatorischer Kräfte, voranzutreiben.

Nachdem bei den Kommunalwahlen am 24. Mai eine Reihe von wichtigen städtischen Zentren von verbindenden Plattformen wie «Barcelona en Comú», «Ahora Madrid» oder «Marea Atlántica» in Galizien gewonnen werden konnten, während die Ergebnisse für Podemos oder die IU (mit einigen Ausnahmen) bescheiden bis vernichtend ausfielen, hebt nun die Debatte an, mit welcher Formation die Zwei-Parteien-Herrschaft (*bipartidismo*) der rechten Partido Popular und der sozialdemokratischen PSOE – den «Parteien des Systems» (Pablo Iglesias) – gebrochen werden kann.

### SPALTUNGEN UND ERNEUERUNG DES PARTEIENBÜNDNISSES IZQUIERDA UNIDA (VEREINIGTE LINKE)

Im Vorfeld der Wahlen war es innerhalb der IU zu massiven Auseinandersetzungen, Austritten und Spaltungen gekommen. Obwohl die föderale Führung beschlossen hatte, gemeinsame populäre Kandidaturen mit anderen Kräften zu unterstützen beziehungsweise Teil dieser Wahlbündnisse zu werden, haben sich einzelne regionale Strukturen der IU, allen voran das alte Führungspersonal in Madrid, dieser Kursänderung verweigert. Dies begann schon damit, dass die in einer Urwahl nominierten KandidatInnen für die Kommunal- und Regionalwahlen, Tania Sanchez und Mauricio Valiente, von der alten Führung nicht anerkannt wurden, weil sie – mit Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder – auf der Liste von «Ahora Madrid» kandidieren wollten. Der alte Apparat setzte sich durch, woraufhin Sanchez und Valiente die IU verließen, um für «Ahora Madrid» anzutreten. Zusammen mit ihnen verließ auch die Kommunistische Partei von Madrid das Bündnis der Vereinigten Linken. «Ahora Madrid» stellt nun mit Manuela Carmena die neue Bürgermeisterin der spanischen Hauptstadt, die IU ist als kommunale und regionale Partei in Madrid abgewählt worden und hat dort keinerlei parlamentarische Vertretung mehr.

Während der Parteichef Cayo Lara ins Hintertreffen geraten ist, weil er sowohl die eine wie die andere der beiden, sich ausschließenden Wahlstrategien unterstützte, ist die Linie von Garzón, dem Spitzenkandidaten für die anstehenden Parlamentswahlen, gestärkt worden. Die Strategie für eine «Unidad Popular» ist nun Beschlusslage der IU – allerdings ohne die Unterstützung aus den Regionen Asturien und Extremadura (wo die IU sogar eine PP-Regierung stützte) sowie der Strömung «Izquierda Abierta» (Offene Linke) von Gaspar Llamazares (früher selbst Parteichef der IU), die weiter für eigene Kandidaturen sind und sich als «kleine Partei» der PSOE als Koalitionsoption anbieten. Garzón entgegnet: «Die Unidad Popular strebt nicht an, 20 Prozent der WählerInnen zu repräsentieren, sondern die soziale Mehrheit der Bevölkerung und ein Instrument für wirklichen Wandel zu sein. Das heißt 5, 10 oder 20 Prozent der Stimmen sind nicht ausreichend.» Es ginge nicht um Wahlarithmetik. Und in Richtung von Podemos: «So wie es

kontraproduktiv wäre, eine politische und soziale Bewegung in eine Wahlkampfmaschine zu verwandeln.»<sup>1</sup> «Realistisch gesprochen, die Spaltung ist bereits vollzogen. Die Izquierda Abierta in Allianz mit dem Apparat der Izquierda Unida Madrid (IUCM) sind schon seit einiger Zeit eine andere Partei, nicht nur anders, sondern feindselig gegenüber dem Projekt der Izquierda Unida», meint Alberto Arregui, Mitglied der Presidencia Federal der IU (vergleichbar mit dem geschäftsführendem Parteivorstand).<sup>2</sup> Arregui ist einer von vielen, die auch Cayo Lara beschädigt sehen. Ironischerweise war «er es, der, als er antrat, das Auseinanderfallen der Izquierda Unida zu verhindern und als Koordinator in den Streitigkeiten zwischen diversen «Baronen» und «Fürsten» zu vermitteln wusste». Doch als die Krise der Partei überwunden war, mangelte es an politischer Führung, um die Partei voranzubringen und nicht nur den fragilen Kompromiss zu verwalten. Seine Unentschiedenheit beziehungsweise seine falsche Loyalität gegenüber jenen, die sich nicht an Parteibeschlüsse hielten und die Aufarbeitung von Korruptionsfällen verhinderten, machten ihn mitverantwortlich für die schlechten Wahlergebnisse.<sup>3</sup> Einige Stimmen gehen weiter und legen seinen Rücktritt nahe. Die Kommunistische Partei – aus deren Reihen sowohl Lara wie Garzón stammen – hat sich dagegen ausgesprochen, jetzt eine Debatte über die Abwahl von Lara zu beginnen: «Wir wollen die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten überwinden» und nach vorne blicken, erklärt Generalsekretär José Luis Centella.<sup>4</sup> Auch Garzón lässt sich nicht gegen Lara in Stellung bringen. Lara selbst erklärt Einsicht in seine Irrtümer: Angesichts der guten Ergebnisse, die *die candidatas populares* in Madrid, Barcelona und Galizien erzielen konnten, habe er seinen Widerstand aufgeben und sich letztlich einsichtig zeigen müssen.<sup>5</sup>

Allerdings gelte es nun, «die IU von Grund auf zu erneuern», so Garzón.<sup>6</sup> «Die IU ist eine schlecht organisierte Partei ohne Zusammenhalt und Kohärenz, der es an Mechanismen mangelt, Widersprüche, die in jeder Organisation auftreten, sinnvoll zu bearbeiten», meint Centella.<sup>7</sup> Es mache keinen Sinn, «eine politisch entleerte Hülle mit dem Parteisignet zu erhalten». Die IU habe sich inzwischen weit von ihrer sozialen Basis und jedem transformatorischen Projekt entfernt. Daher wird eine Rekonstruktion «von unten» her angestrebt, nicht zuletzt, um «unsere aktivsten Mitglieder», die alltäglich in den Stadtvierteln und in den sozialen Bewegungen die Organisation vorantrieben und sich zunehmend von der IU entfremdet fühlten, «zurückzugewinnen», so Arregui.<sup>8</sup>

In der Partei hat sich inzwischen die Position durchgesetzt, sich von allen, die diesem Ansatz im Wege stehen, notfalls zu trennen: Die Führung der IU hat nun mit über 70 Prozent der Stimmen im Consejo Politico Federal (vergleichbar mit dem Parteivorstand) entschieden, sich aufgrund des parteischädigenden Verhaltens vom Regionalverband der IU in Madrid (IUCM) loszulösen. Auch Cayo Lara unterstützt nun diese Entscheidung. Dies ist auch ein deutliches Zeichen gegen jede Duldung von Korruption in den eigenen Reihen.<sup>9</sup> Die Kritiker der Trennung, namentlich der Sprecher von IUCM, Julián Sánchez Urrea, betrachten diesen Schritt als unrechtmäßig und befürchten den «Anfang vom Ende der IU auf gesamtstaatlicher Ebene». <sup>10</sup> Mitglieder der IUCM können nun zunächst zur IU auf föderaler Ebene übertreten, bevor ein neuer Regionalverband aufgebaut sein wird. Mauricio Valiente, der die IUCM im Streit verlassen hatte und inzwischen für «Ahora Madrid» dem Stadtparlament vorsitzt, hat unter diesen Bedingungen bereits seine Rückkehr zur IU erklärt. Auch die Kommunistische Partei von Madrid hat dies vor. Die Bemühungen, die Organisation zu erneuern, haben also bereits jetzt schon zu weitgehenden Konsequenzen geführt. Alberto Garzón sagt: «Wir wollen die Organisation auf einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation ausrichten, [...] damit sie auf der Höhe des geschichtlichen Moments agiert.»<sup>11</sup>

---

<sup>1</sup> Dieses Zitat und alle weiteren Zitate wurden vom Autor vom Spanischen ins Deutsche übersetzt. Zitiert nach: <http://blogs.publico.es/economia-para-pobres/2015/06/01/la-unidad-popular-es-el-unico-camino/>.

<sup>2</sup> Zitiert nach: [www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692](http://www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692).

<sup>3</sup> Vgl. [www.rebelion.org/noticia.php?id=198708](http://www.rebelion.org/noticia.php?id=198708).

<sup>4</sup> Zitiert nach: [www.europapress.es/nacional/noticia-pce-apuesta-frente-izquierdas-elecciones-generales-20150529181220.html](http://www.europapress.es/nacional/noticia-pce-apuesta-frente-izquierdas-elecciones-generales-20150529181220.html)

<sup>5</sup> Zitiert nach: <http://vozpopuli.com/actualidad/63363-garzon-se-impone-iu-renuncia-a-sus-siglas-para-aunar-fuerzas-con-podemos-en-las-generales>.

<sup>6</sup> Zitiert nach: [www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU\\_0\\_391961830.html](http://www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU_0_391961830.html).

<sup>7</sup> Zitiert nach: [www.europapress.es/nacional/noticia-pce-apuesta-frente-izquierdas-elecciones-generales-20150529181220.html](http://www.europapress.es/nacional/noticia-pce-apuesta-frente-izquierdas-elecciones-generales-20150529181220.html).

<sup>8</sup> Zitiert nach: [www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692](http://www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692).

<sup>9</sup> Die alte Führung der IU-CM hatte jene, die beim Finanzskandal von Bankia die Aufsichtsräte unter anderem von der IU mit «schwarzen» Kreditkarten auf Firmenkosten ausgestattet hatte, namentlich Ángel Pérez und Gregorio Gordo, viel zu lange gedeckt und eine Aufarbeitung der Korruption behindert.

<sup>10</sup> Zitiert nach: [www.infolibre.es/noticias/politica/2015/06/14/iu\\_expulsa\\_federacion\\_madrilena\\_34058\\_1012.html](http://www.infolibre.es/noticias/politica/2015/06/14/iu_expulsa_federacion_madrilena_34058_1012.html).

<sup>11</sup> Zitiert nach: [www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU\\_0\\_391961830.html](http://www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU_0_391961830.html).

## WAS IST DIE «UNIDAD POPULAR»?

Aus Sicht von Alberto Garzón sind die Ergebnisse bei den jüngsten Wahlen ein Hoffnungsschimmer, doch zufrieden sein könne man damit nicht. Insbesondere die Regionalwahlen zeigten, wie weit die transformatorischen Kräften davon entfernt seien, die PP und die PSOE aus ihren Machtpositionen zu vertreiben. Im besten Fall könne Podemos nun PSOE-Regierungen stützen, um die rechte PP abzulösen. «Was mich beunruhigt», erklärt Garzón, ist, «dass es bei den Regionalwahlen keinen Bruch gab, und im Durchschnitt keine Kraft über 14 Prozent gekommen ist».<sup>12</sup>

Nur wo es gelang, verbindende Plattformen zu bilden (von wenigen Ausnahmen in Regionen abgesehen, in denen auch KandidatInnen der IU oder regionalistische Parteien Siege verbuchen konnten), kam es zu einem «Bruch» mit dem alten Parteiensystem und konnten wirkliche Siege errungen werden. Wenn keine «Unidad Popular» bei den Parlamentswahlen zustande kommt, so die Einschätzung, drohe eine fragmentierte Linke zu verlieren, weil keine Organisation allein genügend mobilisierende Kraft entfalten könne und man sich als Konkurrenten begegne.<sup>13</sup> Alberto Arregui nennt hierfür ein Beispiel: «Ahora Madrid» hat bei den Kommunalwahlen im vergangenen Mai 519.000 Stimmen beziehungsweise 31,85 Prozent erzielt. Für Podemos haben bei den Regionalwahlen in der Stadt Madrid gerade einmal 287.000 Personen beziehungsweise 17,73 Prozent aller WählerInnen gestimmt. Dies mache noch einmal deutlich, dass «Ahora Madrid» nicht mit Podemos gleichzusetzen sei, sondern eine ganz eigene Qualität entfaltet habe, so wie auch die Plattformen in Barcelona und anderen Städten.<sup>14</sup> In Barcelona wäre der Vergleich übrigens noch viel deutlicher ausgefallen, da Podemos dort aufgrund der Besonderheit der Unabhängigkeitsbestrebungen eine eher kleine Sammlungsbewegung darstellt. Garzón und andere, die eine «Unidad Popular» bevorzugen, hoffen, dass diese Erfahrungen mit den letzten Wahlen auch bei Podemos eine neue strategische Ausrichtung bewirken werden.

Doch wie muss man sich die «Unidad Popular» vorstellen, angesichts der sehr unterschiedlichen Formen, die die verbindenden Plattformen von Stadt zu Stadt, von Kommune zu Kommune ausgebildet haben? Wie ein Bündnis unterschiedlicher Organisationen? Oder gar wie eine Allianz verschiedener Parteien, die auf der Führungsebene einen Proporz vereinbaren? Solche klassischen Formen der Kooperation sind sicherlich vorhanden, werden aber nicht der von der 15M-Bewegung ausgelösten gesellschaftlichen Debatte gerecht, in der es vor allem darum geht, einen neuen politischen Raum pluraler transformatorischer Kräfte zu schaffen.

Garzón formuliert es so: «Die Unidad Popular ist kein Werkzeug der Kommunikation und keine Marke für anstehende Wahlen. Im Gegenteil: Sie ist ein politisches Instrument zur gesellschaftlichen Transformation. So wie die Gesellschaft sich nicht über Wahlen allein transformieren lässt, geht die Unidad Popular über die Vereinbarung von Kandidaturen für eine Wahl hinaus. Eine Unidad Popular sind die Mareas (Protestwellen) zur Verteidigung der öffentlichen Infrastrukturen, die Generalstreiks, die Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen etc. In all diesen politischen Momenten besteht eine transversale Verbindung von Akteuren» quer zu politischen Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen und Gruppen.»<sup>15</sup> «Niemanden fragt die Person neben sich, welchen Mitgliedsausweis sie in der Tasche hat, wenn es gerade darum geht, eine Zwangsräumung zu verhindern oder die öffentliche Gesundheitsversorgung zu verteidigen. Das ist die Basis der Unidad Popular.»<sup>16</sup> «Und in all diesen Momenten gibt es politische Ziele und Wege, die vom Gemeinsamen ausgehen. Die zugrunde liegende Hypothese lautet: Eine Gesellschaft ist nicht durch einen Wahlsieg zu transformieren. Sie braucht eine aktive Zivilgesellschaft, die kontinuierlich vorwärts strebt und antreibt. Das war eine der vielen Lehren, die Ada Colau und Barcelona en Comú vermittelt haben, die explizite Absicht, «gemeinsam» in den Institutionen zu kämpfen, so wie wir zuvor gemeinsam auf der Straße gekämpft haben.»<sup>17</sup>

Die «Unidad Popular» ist also nicht das Ergebnis einer Absprache, die zum Beispiel Pablo Iglesias und Alberto Garzón bei einem Glas Wein getroffen haben. «Sie muss von unten konstruiert», von vielen getragen werden. «Was sicherlich nicht mehr taugt, ist die alte Idee der Einheitsfront», so Garzón.<sup>18</sup> «Der Prozess der Konvergenz geht durch eine gemeinsame programmatische Debatte hindurch, so wie es etwa

---

<sup>12</sup> Zitiert nach: <http://blogs.publico.es/economia-para-pobres/2015/06/01/la-unidad-popular-es-el-unico-camino/>.

<sup>13</sup> Zu den Koalitionsoptionen und strategischen Optionen vgl. Candeias, Mario: Zwischen Marke und verbindender Partei, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkt 13/2015, Berlin 2015, unter: [www.rosalux.de/publication/41455/zwischen-marke-und-verbindender-partei.html](http://www.rosalux.de/publication/41455/zwischen-marke-und-verbindender-partei.html).

<sup>14</sup> Zitiert nach: [www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692](http://www.tercerainformacion.es/spip.php?article86692).

<sup>15</sup> Zitiert nach: <http://blogs.publico.es/economia-para-pobres/2015/06/01/la-unidad-popular-es-el-unico-camino/>.

<sup>16</sup> Zitiert nach: [www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU\\_0\\_391961830.html](http://www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU_0_391961830.html).

<sup>17</sup> Zitiert nach: <http://blogs.publico.es/economia-para-pobres/2015/06/01/la-unidad-popular-es-el-unico-camino/>.

<sup>18</sup> Zitiert nach: ebd.

bei Ahora Madrid, bei Barcelona en Comú oder bei Zaragoza en Común erlebt haben. [...] Es kann nicht um die Verteilung von Listenplätzen unter verschiedenen Organisationen gehen. Es muss sich um einen absolut partizipativen und demokratischen Prozess handeln, damit es wirklich die Vielen sind, die gemeinsam entscheiden. Das führt uns etwa zu offenen Wahllisten.» Dies habe man noch nicht in Perfektion, aber im Ansatz in Galizien, Barcelona oder Madrid erleben können, «wo die Parteilogik etwas beiseite geschoben werden konnte», auch in kleineren Städten wie Getafe, Leganés, Alcorcón oder Fuenlabrada. Es gehe dabei um bereits «politisch organisierte Kräfte wie Podemos, Equo und viele andere, um soziale Bewegungen und Nachbarschaftsorganisationen, bis hin zu den gewerkschaftlichen Gruppen», die in den Auseinandersetzungen auf der Straße und den Betrieben aktiv seien.<sup>19</sup>

Manuel Monereo, Vordenker der IU, ergänzt: «Aktivisten aller Couleur haben von unten möglich gemacht, was von oben noch nicht möglich erschien: diverse linke Gruppierungen zu verbinden, in der Glut der sozialen Bewegungen.» Auf dieser Erfahrung sei nun aufzubauen.<sup>20</sup> Den Menschen sei es egal, welchen Namen die Alternative führe, sie würden an keiner bestimmten Partei oder Parteiidentität hängen. Ziel sei der Sieg über das Austeritätsregime und ein demokratischer Neuaufbruch.

«Nun gibt es zwei Haltungen: bei der Meinung der Menschen stehenbleiben oder von ihnen ausgehen, um mehr zu erreichen. Unsere Leute haben klare Ideen und Gegner aus Fleisch und Blut: Banken, Unternehmer und Großkonzerne», die sie im Betrieb erleben oder am Bankschalter, wenn die Hypothek fällig wird. «Sie haben ziemlich klar, dass die Mächtigen sich den Staat gekapert haben und ihn für ihre Zwecke nutzen und dass die Verantwortlichen [...] dafür in den beiden herrschenden Parteien sitzen, immer auch unterstützt durch die Bourgeoisie im Baskenland und in Katalonien. Was nun zu tun ist, ist, diese Gegnerschaft in ein alternatives gesellschaftliches Projekt zu überführen. Die Differenz zwischen Transformation und Transformismo [nach Gramsci die Integration der führenden oppositionellen Köpfe in den herrschenden Machtblock; M.C.] ist manchmal nur ein schmaler Grat.»<sup>21</sup>

Die Perspektive, regieren zu wollen, sei dabei «sehr wichtig». Dies zeige, dass eine politische Kraft es ernst meine, aber um mit einem transformatorischen Programm regieren zu können, sei viel mehr notwendig, als über Wahlen an die Macht zu gelangen. Es bedürfe vielmehr «einer organisierten gesellschaftlichen Kraft, um zu *versuchen*, das strukturelle Machtgefälle in unseren komplexen Gesellschaften in gewisser Weise auszugleichen».<sup>22</sup> Die Verbindung zwischen solch einer organisierten gesellschaftlichen Kraft und einer linken Regierung müsse selbst organisiert werden, und zwar vor dem Regierungsantritt. Die verbindenden kommunalen Plattformen, insbesondere die in Barcelona, führten vor, wie diese Aufgabe angegangen werden könne.

Ohne eine solche Verbindung sei auch folgendes entscheidendes Moment kaum denkbar: «Ein Regierungshandeln, das Konflikte austrägt und nicht «sozialen Frieden» zementiert, das Selbstorganisation befördert und stärkt», statt nur zu repräsentieren, «soziale Macht, die umgekehrt hilft, Institutionen zu demokratisieren, die sich Politik aneignet und vergesellschaftet und so die Gesellschaft von unten verändert», während die Regierung von oben das ihrige tut. «Ohne eine derart organisierte soziale Mehrheit, ohne überzeugte und mobilisierte populäre Kräfte, ohne gemeinsames Handeln der politischen und sozialen Kräfte wird es keine Transformation geben.»<sup>23</sup> Schließlich, meint Garzón und mit ihm viele andere, «geht es nicht um die nächsten Wahlen», sondern um die Chance auf Veränderung für viele «Generationen».<sup>24</sup> Es gebe nur ein kleines Möglichkeitsfenster.

Die «Unidad Popular» ist also «ein sehr umfassendes Konzept, das eine Beteiligung an Wahlen einschließt», aber sich nicht darauf reduzieren lässt. Für die IU ist nun klar, dass sie nicht selbst bei den nächsten Wahlen antreten möchte, sondern als Teil eines solchen neuen politischen Subjekts. Die Partei beziehungsweise Tausende ihrer Mitglieder und Aktivisten haben in den zahlreichen Organisationsprozessen seit der Bewegung 15. Mai (15M) mitgewirkt und sind Teil der verbindenden kommunalen Plattformen – ohne Anspruch darauf zu erheben, der entscheidende «Katalysator» oder «Repräsentant» zu sein.<sup>25</sup> Garzón nennt auch hierfür ein Beispiel: «Ich bin Mitglied der Kommunistischen Partei, die schon seit 1986 nicht mehr selbst bei Wahlen antritt», sondern als Teil der Parteienkoalition Izquierda Unida. «Dennoch ist die PCE nicht verschwunden, vielmehr trägt sie zum Projekt bei.» Auch bei der «Unidad Popular» muss keine Partei, keine Gruppe, keine Bewegung auf ihre eigenen Strukturen verzichten, sich in eine andere Organisation integrieren, deren Statut akzeptieren, die Mitgliedsausweise

---

<sup>19</sup> Zitiert nach: [www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU\\_0\\_391961830.html](http://www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU_0_391961830.html).

<sup>20</sup> Vgl. [www.cuartopoder.es/cartaalamauta/2015/05/01/que-es-la-unidad-popular/33](http://www.cuartopoder.es/cartaalamauta/2015/05/01/que-es-la-unidad-popular/33).

<sup>21</sup> Zitiert nach: ebd.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Zitiert nach: [www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU\\_0\\_391961830.html](http://www.eldiario.es/politica/Alberto-Garzon-elecciones-reconstruir-IU_0_391961830.html).

<sup>25</sup> Zitiert nach: ebd.

wechsellernen und die eigene Identität ablegen, um etwas beizusteuern – das ist gerade der Gedanke einer Mosaiklinken, die zu einer verbindenden Partei zusammenwächst.

Podemos wäre dafür der zentrale Faktor. Podemos ist für Garzón aus diesem Willen «zum Bruch mit dem Bestehenden geboren» – dies sei das dominierende Moment bei Podemos, eine große Offenheit gegenüber den Vielen, um wirklichen Wandel herbeizuführen. Wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen, dann eben mit anderen. «Was ich mitbekomme, wenn ich mich in den Zirkeln von Podemos bewege, ist, dass die Leute bereit dazu sind, sich mit anderen zusammen zu tun und es wollen.» «Pablo [Iglesias] ist ein brillanter Kopf. Ich denke, dass er den besonderen geschichtlichen Moment richtig deuten kann. Yolanda Díaz [Koordinatorin der IU in Galizien] hat mich davon überzeugt, dass die Unidad Popular die richtige Richtung ist. Pablo hatte viel mit dem Gelingen dieses Prozesses zu tun, der zur Alternativa Galega de Esquerda führte [und schließlich zur Marea Atlántica], und daher denke ich, wird er die richtigen Entscheidungen in seiner Organisation befördern. Zumindest erwarte ich das als besorgter Bürger, weil der Neoliberalismus sich ansonsten konsolidieren wird.» Andernfalls drohe sich das Möglichkeitsfenster zu schließen: «Wandel wird es geben [...], das alte Produktions- und Konsummodell ist erschöpft und der Kapitalismus unterliegt einer Umstrukturierung. Diese ist von der PP vorangetrieben worden, auch die PSOE hatte sich die Anpassung zur Aufgabe gemacht. Diese wird weitere brutale soziale Folgen haben, wie wir sie seit 2011 erleben, gesellschaftlich, gesetzlich, verfassungsrechtlich, in jeder Hinsicht. [...] Die Frage ist also, welchen Charakter der Wandel annehmen wird. [...] Gelingt die Konsolidierung des Neoliberalismus oder wird ein wirklicher konstitutiver Prozess angestoßen? Das Risiko einer Konsolidierung einer Lebensweise, die permanente Prekarität und Strukturanpassung bedeutet, ist enorm».<sup>26</sup>

«Unidad Popular» bedeutet also, «den demokratischen Bruch», den die 15M-Bewegung verursacht hat, «ins Parlament zu übersetzen [...], einen Impuls zu geben, um einen partizipativen Prozess einzuleiten, der zur Entwicklung eines alternativen Programms führen soll, das von allen als gemeinsames angeeignet werden kann. Die Partizipation ist dabei als Dreh- und Angelpunkt des kreativen und einenden Prozesses zu begreifen mit offenen Werkstätten, Kooperationsformen und Entscheidungen, offenen Listen und partizipativen Wahlkampagnen», die von der Kreativität und Selbsttätigkeit der Aktiven getragen werden. Daraus sollen populäre Kandidaturen hervorgehen, «überall im Staat», «ausgehend von der Anerkennung der Vielfalt innerhalb des Staates und der Diversität der Prozesse in den unterschiedlichen Nationalitäten und Regionen», [...] «Kandidaturen mit dem Willen, die Regierung zu übernehmen und ein Szenario zu kreieren, welches lautet: Unidad Popular gegen Rajoy», so heißt es in der offiziellen Erklärung der IU, in der angekündigt wurde, nicht selbst bei den nächsten Wahlen anzutreten.<sup>27</sup> Der Spitzenkandidat der IU, Alberto Garzón hat bereits begonnen, mit unterschiedlichen politischen Kräften und Strömungen Gespräche aufzunehmen. Mit Pablo Iglesias, dem Generalsekretär von Podemos, steht eine dementsprechende Klärung noch aus – ein erstes Gespräch hat es bereits gegeben.

## DER STREIT IN PODEMOS

Pablo Iglesias hat der Initiative von Garzón und anderen zunächst eine klare Absage erteilt: Podemos sei «die einzige Partei, die zeigt, dass sie einen Wandel möglich machen kann». Die «Unidad Popular» habe «nichts mit Absprachen zwischen Parteien zu tun» und könne daher auch nicht als «Rettungsring» für andere funktionieren – er meint damit die IU.<sup>28</sup> Iglesias hat angekündigt, dass Podemos mit der eigenen «Marke» bei den Parlamentswahlen im Herbst antreten wird.

Bei den Kommunalwahlen hatten Podemos ganz offensichtlich noch die notwendigen Strukturen gefehlt, um selbst ins Rennen zu ziehen. Daher entschied sich die Partei, wo möglich verbindende Plattformen und deren KandidatInnen zu unterstützen, manchmal erst nach heftigen Auseinandersetzungen. Bei den zeitgleichen Regionalwahlen verfolgte man von Anfang an eine andere Strategie. Diese soll auch bei den Parlamentswahlen im Herbst beibehalten werden. Dennoch betont Iglesias, die «Lehren» aus den jüngsten Wahlergebnissen gezogen zu haben. Er schlägt vor, «unter dem Schirm von Podemos» andere Kräfte wie Compromís (in Valencia)<sup>29</sup> oder Més (Balearn)<sup>30</sup> zu versammeln, «im Bewusstsein der Unterstützung, die

---

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Zitiert nach: [www.izquierda-unida.es/sites/default/files/doc/Hacia%20la%20Unidad%20Popular.pdf](http://www.izquierda-unida.es/sites/default/files/doc/Hacia%20la%20Unidad%20Popular.pdf).

<sup>28</sup> Zitiert nach: [www.publico.es/politica/ignora-propuesta-garzon-y-reafirma.html](http://www.publico.es/politica/ignora-propuesta-garzon-y-reafirma.html).

<sup>29</sup> Die Coalició Compromís ist eine links-regionalistische Koalition, die sich aus dem Bloc Nacionalista Valencià (Nationalistischer Block Valencia), der Iniciativa del Poble Valencià (Initiative des Valencianischen Volkes) und Verds-Equo del País Valencià (Grüne-Equo) zusammensetzt.

diese Parteien auf regionaler Ebene erhalten». «Ohne notwendigerweise Podemos beizutreten», sollen sie auf deren Listen bei den Wahlen antreten können.<sup>31</sup>

Nicht nur die IU, auch andere Organisationen wie Equo<sup>32</sup> oder Anova<sup>33</sup> wollen sich jedoch nicht einfach in Podemos eingliedern. López de Uralde, Vorsitzender von Equo, meint, «es geht darum, eine Form und einen Namen zu finden, mit denen sich alle anfreunden können».<sup>34</sup> Doch auch die Richtungskämpfe um die richtige Strategie innerhalb von Podemos verstärken sich. Schon vor der Wahl am 24. Mai trat die «Nummer 3» von Podemos, Juan Carlos Monedero, zurück. Zum Teil, um die Partei vor negativen Berichten wegen Korruptionsvorwürfen gegen ihn zu schützen, vor allem aber wegen Unstimmigkeiten hinsichtlich des künftigen Kurses von Podemos. Monedero moniert, dass sich die Organisation immer mehr den üblichen Parteien annähert, und sieht sie von Bürokratisierung bedroht. Daraufhin nahm die interne Debatte Fahrt auf. In einem offenen Brief von Isidro López, Emmanuel Rodríguez und Pablo Carmona<sup>35</sup> wird die «populistische Strategie der ‹Kriegsmaschinerie› der Wahlschlacht» (wie es Wahlkampfleiter Íñigo Errejon ausdrückt, die «Nummer 2» hinter Iglesias) kritisiert, die auf «einen Blitzkrieg» orientiere, aber an «den eigenen Maßstäben gemessen, als gescheitert» betrachtet werden müsse. «Denn es ist das Kampffeld, das Errejon selbst als entscheidend ausgewählt hat, um sich zu messen – das der Wahlumfragen und des politischen Marketings –, das sich nun gegen die Partei wendet.» Mit dieser Ausrichtung einher gehe «eine Serie von Entscheidungen, die nur auf Meinungsumfragen, Talkrunden im Fernsehen und Wahlumfragen beruhen». Doch «diese Strategie», diese «Ideologie der direkten Kommunikation mit dem ‹Volk›, die den spontanen Unmut vermeintlich in Wahlsiege umwandelt», sei nicht viel mehr als eine Chimäre. In harten Worten machen die parteiinternen Kritiker die «Wahlmaschine» des «Errejonismo» (wie es in den Medien mittlerweile heißt) für eine Reihe von Entwicklungen verantwortlich. «Das Beharren darauf, sich programmatisch nicht festzulegen, die Korruption als zentrales Spielfeld zu benutzen – mit der deutlichen Vorliebe, sich auf prominente Personen zu fixieren und so die Tür für eine Auswechslung der Eliten zu öffnen», habe «den Aufstieg von Ciudadanos als politische Kraft zur Regeneration des alten Regimes» gefördert. Währenddessen seien «die Zirkel<sup>36</sup> als realer Machtfaktor oder als Gegengewicht in der Partei unterdrückt» worden.

Daher plädieren die Autoren für eine Neuorientierung von Podemos entlang der Praxen des 15M. Dabei nehmen sie die Gegenargumente der Führung vorweg: «Auf einen Prozess der Neugründung zu setzen, mitten im Wahlkampf – alles noch im Jahr 2015 – gleicht einem Abenteuer, das viele Stimmen kosten kann. Nichts stößt den Wähler mehr ab als interner Streit.» Letztlich handele es aber nicht um taktische Überlegungen, sondern um «zwei strategische Optionen, nicht einfach um eine Auseinandersetzung über die Kontrolle des Parteiapparates» – dafür bräuchte es eine Entscheidung aller.

Die Ergebnisse der Wahlen am 24. Mai haben die Diskussionen intensiviert: Immer mehr Stimmen reklamieren, den eingeschlagenen Weg vom Gründungsparteitag in Vistalegre neu zu bestimmen, und plädieren inzwischen für die Einberufung eines Sonderparteitags.<sup>37</sup> Der zurückgetretene Monedero selbst, der bei den AnhängerInnen von Podemos immer noch Kultstatus genießt, hat als Moderator der berühmten TV-Sendung La Tuerka – einer der Orte, aus denen die Initiative zu Podemos hervorging – eine Diskussionsrunde zum Thema organisiert: mit VertreterInnen von Podemos, IU, Equo, Compromís und Anova. Er resümiert: «Der Wille, sich zusammenzuschließen, wird bei allen Teilnehmenden deutlich.»<sup>38</sup> Bei

---

<sup>30</sup> Més ist eine links-nationalistische Koalition aus PSM-Entesa Nacionalista (Sozialistische Partei Mallorca-Nationale Einigung), der Iniciativa d'Esquerres (Linke Initiative, die regionale Sektion der IU) und Els Verds de Mallorca (die Grünen) sowie der Partit Socialista de Menorca-Entesa Nacionalista (Sozialistische Partei Menorca-Nationale Einigung).

<sup>31</sup> Zitiert nach: ebd. Für ein AnhängerInnen der IU verletzendes Interview, in dem er sich allerdings falsch wiedergegeben fühlt, hat Iglesias sich entschuldigt. Vgl. [www.publico.es/politica/iglesias-pide-disculpas-ofendidos-iu.html](http://www.publico.es/politica/iglesias-pide-disculpas-ofendidos-iu.html) bzw. [www.publico.es/politica/iglesias-pide-disculpas-ofendidos-iu.html](http://www.publico.es/politica/iglesias-pide-disculpas-ofendidos-iu.html)

<sup>32</sup> Die Partei Equo ist 2011 als Zusammenschluss diverser links-grüner Parteien gegründet worden.

<sup>33</sup> Anova-Irmandade Nacionalista (Erneuern-Nationale Geschwisterschaft) ist eine links-nationalistische Partei, die aus der BNG, dem Nationalen Block Galiziens, hervorgegangen ist. Anova hat maßgeblich zusammen mit sozialen Bewegungen, der IU, Podemos, Equo und anderen die Marea Atlantica auf den Weg gebracht.

<sup>34</sup> Vgl. [http://politica.elpais.com/politica/2015/06/11/actualidad/1434041579\\_073674.html](http://politica.elpais.com/politica/2015/06/11/actualidad/1434041579_073674.html).

<sup>35</sup> Vgl. <http://blogs.publico.es/contraparte/2015/05/04/por-una-refundacion-de-podemos/>.

<sup>36</sup> Zirkel werden so die offenen, selbstorganisierten orts- oder themenbezogenen Versammlungen von Podemos genannt. Sie orientieren sich an der Organisation der 15M-Bewegung und weniger an Ortsverbänden in traditionellen Parteistrukturen. Sie repräsentieren sozusagen die Basis von Podemos.

<sup>37</sup> Vgl. [www.elconfidencial.com/elecciones-municipales-y-autonomicas/2015-06-12/el-ordago-para-abrir-podemos-pone-el-foco-en-un-congreso-extraordinario\\_880214/](http://www.elconfidencial.com/elecciones-municipales-y-autonomicas/2015-06-12/el-ordago-para-abrir-podemos-pone-el-foco-en-un-congreso-extraordinario_880214/).

<sup>38</sup> Zitiert nach: [www.publico.es/politica/iu-equo-compromis-y-anova.html](http://www.publico.es/politica/iu-equo-compromis-y-anova.html).

einer weiteren Veranstaltung der Frente Cívico<sup>39</sup> mit dem legendären ehemaligen Vorsitzenden der IU, Julio Anguita, und Alberto Garzón, schlug Monedero vor, eine geeignetere Form für eine Konvergenz der unterschiedlichen Kräfte zu finden<sup>40</sup> und ihr dem Beispiel der kommunalen Plattformen folgend einen Namen wie etwa «Ahora Podemos» zu geben, unter dem sich alle versammeln können, ohne sich unterzuordnen zu müssen.<sup>41</sup>

Von einer Gruppe namhafter AktivistInnen von Podemos, unter ihnen der Europaabgeordnete Pablo Echenique, wurde nun eine Manifest vorgelegt, um den Prozess, der zu Podemos führte, wieder zu öffnen: «Abriendo Podemos» (Podemos öffnen).<sup>42</sup> Die Anleihen sind unverkennbar: «Ein Virus geht um [...], der Virus des Wandels.» Das Manifest stellt ebenfalls die Frage, «ob Podemos nur anstrebt, sich als weitere Partei zu etablieren [...], oder die geschichtliche Möglichkeit nutzt, zu einer wirklichen demokratischen Transformation beizutragen». Es geht darum, Podemos «als nützliches Werkzeug in einem neuen Kontext zu erhalten». Mit den Wahlen vom 24. Mai sei deutlich geworden, dass Podemos «nicht das einzige Instrument des Wandels» sei, «auch wenn bei den anstehenden Parlamentswahlen ohne Podemos nichts möglich sein» werde. Und weiter: «Der Durchbruch wichtiger kommunaler Kräfte in den wichtigsten Städten des Landes situiert Podemos an der Schnittstelle vieler dieser neuen Kräfte, aber ohne irgendeine Exklusivität in Anspruch nehmen zu können.» Als Beispiele werden genannt: «Barcelona en Comú», «Ahora Madrid», «Zaragoza en Común», «Marea Atlántica» in Galizien oder «Las Palmas de Gran Canaria Puede». «Diese Erfahrungen, die Prozesse der Kooperation haben glücklicherweise über die Versuchungen der Hegemonisierung durch Parteien dominiert.» Auch wenn man es besser zu wissen glaube: «In der Politik ist niemand der Schlauere, wenn er allein steht.»

Dies anstehenden Diskussionsprozesse sind auch eine Chance: «Die Zirkel können ihre Rolle als Räume für Debatten und für demokratische Entscheidungen gegenüber anderen Typen der Kommunikation, die weniger interaktiv und kollektiv sind, zurückgewinnen.» «Nichtsdestotrotz sind die Zirkel nicht alles: Andere Formen der Partizipation, die wesentlich umfassender und offener sind, müssen entwickelt werden, etwa *asambleas populares* (öffentliche Bürgerversammlungen), *consultas presenciales* (öffentliche Beratungen), Debatten im Netz etc.» Podemos müsse «präsent sein in den Medien und in den sozialen Netzen, aber müsse eben auch auf die Straße zurückkehren, auch in die Dörfer und Viertel, die vom herrschenden politökonomischen System vernachlässigt wurden». «Podemos sollte nicht nur anstreben zu repräsentieren, sondern vielmehr ein Kanal für Initiativen und des Willens der Vielen sein.» Es gehe um einen «Prozess konstituierenden Charakters». «Die Öffnung, die wir angesichts der bevorstehenden Wahlen einfordern, sollte auch Konsequenzen dafür haben, wie sich Podemos präsentiert.»

Die Führung von Podemos antwortete darauf bisher mit dem Verweis auf die Beschlüsse der Gründungsversammlung von Vistalegre. Man trete anderen Kräften bereits «mit ausgestreckter Hand entgegen», um unter dem Schirm von Podemos möglichst viele zu integrieren. «Kommt doch zu uns» – das kennt man. Zwar ist auch der Europaabgeordnete Pablo Echenique der Ansicht, dass unter dem Schirm von Podemos Personen von anderen Organisationen auf offenen Listen kandidieren könnten. Doch teilt er die Sicht der kritischen Strömung «Abriendo Podemos», die betont, dass die Debatte «in den Zirkeln, in den Bewegungen und Parteien bereits begonnen hat. Wir wollen dafür nicht a priori Mechanismen und Formeln vorgeben.» Dafür bräuchte es auch nicht unbedingt einen Sonderparteitag, auf dem Podemos nur mit sich selbst diskutieren würde, so Jorge Doderó, Generalsekretär von Podemos in Valdemoro. Eine Versammlung von «Ahora Podemos», so Doderó, wäre ja eine Art konstituierender Akt einer Kandidatur der «Unidad Popular», als einem neuen politischen Subjekt.<sup>43</sup> Echenique trifft sich in seiner Einschätzung mit Garzón von der IU, wenn er betont: «Dort wo die unterschiedlichen Kräfte in der Lage waren, sich zu verständigen, waren die Wahlergebnisse viel besser: Die Unidad Popular ist der Weg.»<sup>44</sup>

Die Debatte hat erst begonnen. Es gibt einen starken Druck aus den sozialen Bewegungen. Der Sommer wird entscheidend sein, um die entsprechenden Auseinandersetzungen zu führen und hierfür geeignete Formen zu finden. Als die neue Bürgermeisterin von Madrid Manuela Carmena ihr Amt antrat, riefen

---

<sup>39</sup> Die Frente Cívico – Somos Mayoría ist eine soziale Initiative, die von Julio Anguilla gegründet wurde, dem langjährigen Bürgermeister von Córdoba und legendären Parteichef der PCE und IU in ihren erfolgreichsten Jahren mit mehr als 10 Prozent der Stimmen bei mehreren Parlamentswahlen im spanischen Staat. Die Frente Cívico versuchte während des 15M und danach eine programmatische Debatte innerhalb breiter Kreise der Bevölkerung zu befördern, jenseits der Parteien.

<sup>40</sup> Vgl. [www.publico.es/politica/anguita-monedero-y-garzon-defienden.html](http://www.publico.es/politica/anguita-monedero-y-garzon-defienden.html).

<sup>41</sup> Vgl. [www.publico.es/politica/crecen-voces-favor-confluencia-y.html](http://www.publico.es/politica/crecen-voces-favor-confluencia-y.html).

<sup>42</sup> Vgl. hierzu [abriendopodemos.org](http://abriendopodemos.org).

<sup>43</sup> Vgl. [www.elconfidencial.com/elecciones-municipales-y-autonomicas/2015-06-12/el-ordago-para-abrir-podemos-pone-el-foco-en-un-congreso-extraordinario\\_880214/](http://www.elconfidencial.com/elecciones-municipales-y-autonomicas/2015-06-12/el-ordago-para-abrir-podemos-pone-el-foco-en-un-congreso-extraordinario_880214/).

<sup>44</sup> Zitier nach: ebd.

Tausende von Menschen: «¡Sí nos representan!» (Ja, sie repräsentieren uns!) und: «¡Sí se puede!» (Ja, wir können es).<sup>45</sup> Und viele forderten eine «Unidad Popular».<sup>46</sup>

## TESTLAUF ANLÄSSLICH DER WAHLEN IN KATALONIEN

Am 27. September stehen Wahlen in der «autonomen Region» Katalonien an. Zuletzt wurden die Parteien, die eine Unabhängigkeit Kataloniens anstreben, immer stärker. Bei den Kommunalwahlen trat dies in den Hintergrund, nicht jedoch bei den Regionalwahlen. Und vielerorts haben auch bei den Kommunalwahlen regionale Kräfte eine entscheidende Rolle gespielt, wenn es darum ging, die Rechten aus den Rathäusern zu verdrängen, etwa in Navarra, Galizien, Valencia, auf den Balearen und in Asturien. Bisher ist die Frage des Umgangs mit den Unabhängigkeitsbestrebungen ein offenes strategisches Problem, für die «Unidad Popular» wie auch für Podemos. Miguel Urbán, Europaabgeordneter von Podemos, plädiert dafür, die bei den letzten Kommunalwahlen angewandte Strategie bei den kommenden Parlamentswahlen an die besonderen Bedingungen in den verschiedenen Regionen und Nationen im spanischen Staat anzupassen: «Wahrscheinlich wird so eine Kandidatur in den Regionen einfach unterschiedliche Namen haben. In Katalonien würde sie eher Catalunya En Comú heißen, in Madrid eher Podemos.»<sup>47</sup> Tatsächlich haben die Generalsekretärin von Podemos in Catalunya, Gemma Ubasart, und ihr wahrscheinlicher Spitzenkandidat für die Wahlen, Albano Dante Fachin, bereits ihre Position geändert und befürworten nun eine populäre Kandidatur gemeinsam mit anderen, *einschließlich* der regionalen IU.<sup>48</sup> Einer entsprechenden Wahlliste Catalunya en Comú werden bereits hervorragende Umfrageergebnisse zugeschrieben.<sup>49</sup> Auch in Valencia und Galizien laufen entsprechende Gespräche.

Denn Podemos ist in Katalonien wie in anderen Regionen mit starken Unabhängigkeitsbewegungen nur eine unbedeutende Kraft. Auch mit einer gemeinsamen Liste wie Catalunya en Comú wird daher maßgeblich sein, wie sich die dortigen linken und linksliberalen Parteien, die mehr Eigenständigkeit einfordern, entscheiden werden. So haben die Candidatura d'Unitat Popular (CUP) und die Partei Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) bereits Ada Colau von «Barcelona en Comú» zur Macht verholfen. Es schadet dabei nicht, dass sich die langjährige Regierungspartei Convergència i Unió (CiU) gespalten hat – das Unternehmerlager wendet sich zunehmend gegen das «ökonomische Selbstmordkommando» der Abspaltung von Spanien. Das macht es der sozialdemokratischen Unabhängigkeitspartei ERC leichter, sich gegen eine Koalition mit der CiU, die einen rechten Unabhängigkeitschauvinismus vertritt, zu richten und für eine «Unidad Popular» und das «Recht auf Entscheidung» (über die Unabhängigkeit hinaus) einzutreten. Vielleicht wird sie aber auch versuchen, doch noch allein eine Mehrheit zu erringen.

So oder so ist die Frage der Unabhängigkeit nicht länger zu umgehen. Vielleicht kann sie als Katalysator für einen konstitutiven Prozess zur Ablösung des postfranquistischen Verfassungskonsenses dienen. Schließlich würden mit einem Votum für die Unabhängigkeit,<sup>50</sup> erst die Auseinandersetzungen darüber beginnen, auf welcher Verfassungsbasis die Unabhängigkeit realisiert werden soll, wie die politischen, sozialen und ökonomischen Beziehungen zum Rest des spanischen Staates geregelt werden sollen und so weiter.

---

<sup>45</sup> Damit zeigen die Plattformen, dass sie nicht einfach nur eine Art «Bewegungsparteien» sind, sondern auch Gruppen einbeziehen, die Bewegungen oft nur schwer oder gar nicht erreichen, die sich von der Politik vielleicht aus gutem Grund abgewendet haben. Eine Verankerung in den und Verbindung mit den aktiven Teilen der Bevölkerung und allerlei linken Organisationen und Bewegungen ist die Basis, aber reicht nicht aus. So drückte es auch Ada Colas aus: Sie wolle sich insbesondere «an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit» wenden, „an jene Leute, die weder in Bewegungen noch in Parteien aktiv sind». So bringen die Plattformen Selbstorganisation, Beteiligung und Repräsentation in ein neues Verhältnis.

<sup>46</sup> Vgl. [www.publico.es/politica/crecen-voces-favor-confluencia-y.html](http://www.publico.es/politica/crecen-voces-favor-confluencia-y.html).

<sup>47</sup> Zitiert nach: [www.neues-deutschland.de/artikel/975100.das-verrueckte-an-podemos-war-dass-es-von-der-bevoelkerung-sofort-ueberrannt-wurde.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/975100.das-verrueckte-an-podemos-war-dass-es-von-der-bevoelkerung-sofort-ueberrannt-wurde.html).

<sup>48</sup> Vgl. [www.eldiario.es/catalunya/politica/Podem-Catalunya-candidatura-abre-formaciones-27-S\\_0\\_391961011.html](http://www.eldiario.es/catalunya/politica/Podem-Catalunya-candidatura-abre-formaciones-27-S_0_391961011.html).

<sup>49</sup> Vgl. [www.elperiodico.com/es/noticias/politica/una-catalunya-comu-disputaria-victoria-llista-del-president-4302637](http://www.elperiodico.com/es/noticias/politica/una-catalunya-comu-disputaria-victoria-llista-del-president-4302637).

<sup>50</sup> Das geplante Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens wurde vom spanischen Verfassungsgericht untersagt. Nun versuchen die Parteien der Unabhängigkeit die Wahlen im Herbst als informelles Votum für oder gegen die Unabhängigkeit aufzuladen.

## EIN NEUER TYPUS VON INTELLEKTUELLEN

«Transformative Politiken bestehen nicht einfach nur darin, die Hegemonie zu erringen, indem man Äquivalenzketten bildet und Heterogenität abbaut bis zu einer dualistischen antagonistischen Repräsentation (zwischen Volk und Macht); ebenso bedeutsames Moment davon kann die *Unterbrechung* bekannter und stabiler Identifikationen sein, vielmehr als ihre Etablierung», argumentiert der Theoretiker Akis Gavrilidis mit Blick auf die Strategie von Podemos.<sup>51</sup> Ein inklusives populistisches Projekt, wie es sich mit einer «Unidad Popular» auf Basis der Erfahrungen der 15M in Spanien formieren könnte, das von der Pluralität aus Gemeinsames produziert, ohne zu vereinheitlichen, ohne Differenzen zu negieren, ohne Organisationen, Kulturen und Eigenlogiken zu verschmelzen, böte Chancen zur «Entidentifikation», auch jenseits von Marke, Partei- oder Bewegungsidentitäten.<sup>52</sup> Damit könnte es gelingen, sich von einem unzusammenhängenden Mosaik hin zu einer verbindenden Partei zu entwickeln (auch über die Nationen im spanischen Staat hinaus).

Erforderlich ist dabei auch ein neuer Typ von Intellektuellen. Die im gramscianischen Sinne kollektiven organischen Intellektuellen, die aus der Bewegung selbst erwachsen, organisierend wirken und paradigmatisch ihren Ausdruck repräsentieren, sind in einer so vielfältigen und fragmentierten Linken nicht mehr ausreichend, sofern sie nur jeweils in ihren Organisationen oder (Teil-)Bewegungen agieren. Die Anforderungen in einer fragmentierten Mosaiklinken sind zum Teil andere als in einer einzelnen Bewegung oder Partei. Denn für eine «Unidad Popular» gilt es Organisations- und Partikularinteressen zu überwinden, nicht indem man sie preisgibt, sondern indem man sie in einem neuen Gemeinsamen aufhebt. Vielleicht bedarf es eines Typs der Intellektuellen, der die jeweiligen politischen Orientierungen, Funktionen und Kulturen innerhalb des Mosaiks vermittelt, ohne die jeweiligen Eigenheiten, Stärken und Differenzen auszublenden, bis ein gemeinsames Bild entsteht. In den organischen Kooperationen der PAH (dem Forum der von Hypotheken Betroffenen) oder der Mareas (der Protestwellen), die aus dem 15M hervorgegangen sind, ist die Vermittlungsfunktion bereits inhärent angelegt: Das Organische besteht ja gerade darin, dass wesentliche Teile der AktivistInnen zugleich in mehreren Organisationen tätig sind, multiple Identitäten repräsentieren und die alltäglich Vermittlungsarbeit leisten. Aufgabe wäre es, ihre Fähigkeiten weiterzugeben, an ihrer Verallgemeinerung zu arbeiten. Darüber hinaus macht Gramsci deutlich, dass in komplexen Gesellschaften keine individuellen Personen, sondern nur kollektive Intellektuelle diese Funktion übernehmen können, also etwa vermittelnde Instanzen wie die vielfältigen Asambleas. Das Mosaik einer verbindenden gesellschaftlichen Partei «stützt sich», so Alex Demirović, «auf die Initiative einer Vielzahl von unterschiedlichen und divergenten Gruppen, die nicht durch Zwang zu einer Einheit gebracht werden»,<sup>53</sup> sondern auf der Grundlage der Reformulierung und des «Kohärent-Arbeitens» von Interessen und Leidenschaften, durch die Praxis der gemeinsamen Bearbeitung ihrer Widersprüche.

*Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

---

<sup>51</sup> Zitiert nach: [www.conessioniprecarie.org/2015/05/29/syriza-and-podemos-populist-inclusion-or-interruption-of-representation/](http://www.conessioniprecarie.org/2015/05/29/syriza-and-podemos-populist-inclusion-or-interruption-of-representation/).

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Demirović, Alex: Herrschaft und Demokratie, Münster 1997, S. 88.